

mit Schwerpunkt **Stock Option Watch**

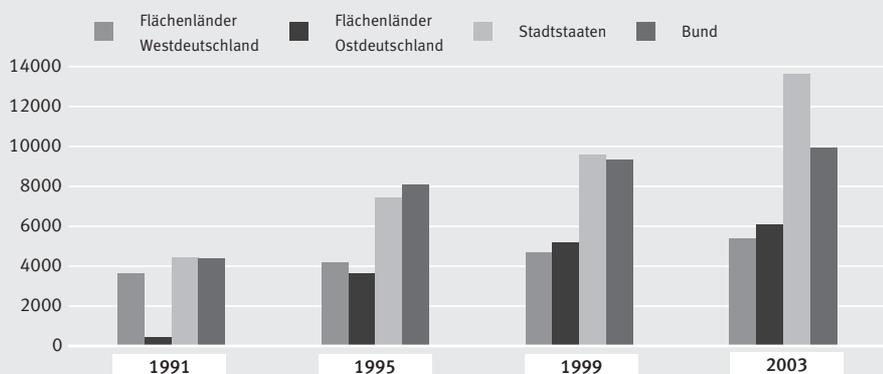
Verschuldung: Föderale Struktur und gesamtstaatliche Verantwortung

In der Diskussion um die öffentliche Verschuldung wird die föderale Dimension der Bundesrepublik oft übersehen. Dabei haben die Bundesländer einschließlich der Gemeinden einen erheblichen Anteil am starken Anstieg der Staatsverschuldung seit der deutschen Wiedervereinigung. Besonders problematisch angesichts der vom Verfassungsgericht festgestellten Beistandspflicht im Falle extremer Haushaltsnotlagen sind dabei die erheblichen Unterschiede in der Verschuldung der Länder.

nach Maßgabe des BIP auf die 16 Länder aufgeteilt, ergibt sich ein Bild der gesamtstaatlichen Schuldenlast in den einzelnen Ländern.

Wie aus Spalte (2) der Tabelle hervorgeht, liegen unter Berücksichtigung der Verschuldung auf der Ebene des Bundes lediglich vier der 16 Bundesländer unterhalb des bekannten Schuldenstandskriteriums von 60 Prozent des BIP. Die zwölf übrigen Bundesländer weisen zum Teil noch erheblich höhere Schuldenstände auf. Insbesondere die Stadtstaaten und die ostdeutschen Flächenländer sind hier zu nennen. Es wird deutlich, dass die Verschuldung in dem höchstverschuldeten Land Berlin bezogen auf die Wirtschaftskraft mehr als doppelt so hoch ist wie in Bayern, dem Land mit der niedrigsten Verschuldung. Insgesamt beträgt die Schuldenlast von Ländern und Gemeinden allein immerhin 23,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ad-

Pro-Kopf-Verschuldung (in Euro)



Quelle: Statistisches Bundesamt, VGR der Länder und ZEW.

Die Bundesländer haben in den vergangenen Jahren erheblich zur aktuellen Verschuldungssituation beigetragen. Wie die Grafik oben zur Verschuldungsdynamik von Bund und Ländern seit Anfang der 1990er Jahre zeigt, hat sich die Pro-Kopf-Verschuldung vor allem in den ostdeutschen Flächenländern und den Stadtstaaten dramatisch entwickelt.

Die Verschuldungssituation im Jahr 2003 ist in der Tabelle auf Seite 2 getrennt nach Ländern aufgeführt. Ausgewiesen ist in Spalte (1) zunächst der jeweilige Schuldenstand des Landes (in-

klusive Gemeindeverbände) bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Landes. Es zeigt sich eine extreme Variation: Die Schuldenquote in Berlin ist fast siebenmal höher als in Bayern, dem Land mit der geringsten Schuldenquote. Allerdings muss ein Steuerzahler in Bayern ebenso wie ein Steuerzahler in Berlin nicht nur die Schuldenlast des Landes tragen, sondern zusätzlich die Schuldenlast des Bundes. Einschließlich Sondervermögen beträgt diese zusätzliche Belastung im Jahr 2003 38,5 Prozent des BIP. Wird diese zusätzliche Belastung

IN DIESER AUSGABE

Verschuldung: Föderale Struktur und gesamtstaatliche Verantwortung	1
Termin	2, 6
Minijob-Wunder: Ex-ante Evaluation dämpft die Euphorie	3
Dienstleister: Nachfrage nach UMTS im Vergleich zu W-Lan eher zurückhaltend	4
Fehlende Dynamik im Innovationssystem schafft Risiken für Standort Deutschland	5
ZEW intern	2, 6
Expertenseminare; Neuerscheinungen	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Schuldenstand (in v.H. des BIP) im Jahr 2003

	Land (1)	Land inkl. Bund (inkl. Sondervermögen) (2)
Berlin	63,1	101,5
Bremen	45,4	83,9
Sachsen-Anhalt	45,2	83,7
Brandenburg	40,1	78,6
Mecklenburg-Vorpommern	39,1	77,6
Thüringen	38,3	76,8
Schleswig-Holstein	31,6	70,1
Saarland	30,6	69,1
Rheinland-Pfalz	28,8	67,3
Niedersachsen	28,0	66,5
Nordrhein-Westfalen	25,6	64,1
Hamburg	25,1	63,6
Sachsen	21,5	59,9
Hessen	18,0	56,5
Baden-Württemberg	13,5	51,9
Bayern	9,3	47,8
Stadtstaaten	44,3	82,8
Flächenländer (Ost)	34,6	73,1
alle Länder	23,4	61,9
Flächenländer (West)	19,7	58,2

Die Schuldenstandsquoten des Bundes beträgt im Jahr 2003 38,5 Prozent.
Quelle: Statistisches Bundesamt, VGR der Länder und ZEW, Schuldenstandsquoten inklusive Gemeinden und Gemeindeverbände in der Abgrenzung der Finanzstatistik.

TERMIN

ZEW Wirtschaftsforum 2004: „Bildung als Standortfaktor“

Freitag, 25. Juni 2004, um 10.00 Uhr am ZEW Mannheim

Das ZEW Wirtschaftsforum 2004 will über die Situation am Bildungsstandort Deutschland informieren und Reformansätze diskutieren. Des Weiteren will es sich der Frage stellen, wie das deutsche Bildungs- und Informationssystem gestaltet werden muss, damit bestens qualifizierte Arbeiter und Akademiker Deutschland einen wirtschaftlichen Spitzenplatz in der Welt sichern.

Dazu werden sich in einer Podiumsdiskussion zum Thema „Bildungsstandort Deutschland: Diagnose und Perspektive“, moderiert von ZEW-Präsident Wolfgang Franz, austauschen: Peter Frankenberg, Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, Annette Schavan, Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, Andreas Schleicher, Head of the Indicators and Analysis Division (Directorate for Education) OECD, Eggert Voscherau, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender und Arbeitsdirektor der BASF AG. Anschließend stellen ZEW-Wissenschaftler unter dem Titel „ZEW-Konjunkturforum“ und „Wissenschaft für die Praxis“ Forschungsergebnisse des ZEW rund um das Thema Bildung vor. Zum Abschluss des ZEW Wirtschaftsforums 2004 spricht Peter Voß, Intendant des Südwestrundfunks, über „Medienkrise und Bildungsauftrag“.

Information und Anmeldung:

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Fax -222, Email grittmann@zew.de

diert man die Schuldenlast des Bundes (inklusive Sondervermögen) hinzu errechnet sich die gesamtstaatlichen Schuldenquote mit 61,9 Prozent.

Die großen Unterschiede bei den Bundesländern sind insbesondere vor dem Hintergrund wichtig, dass das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 27. Mai 1992 eine Beistandspflicht von Bund und Ländern im Falle einer extremen Haushaltsnotlage festgestellt hat. Auf Basis dieses Urteils erhalten die Länder Saarland und Bremen aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung bereits seit 1994 beachtliche Transferzahlungen.

Der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde zwar im Juli 2002 im Rahmen des „Nationalen Stabilitätspakts“ formal in deutsches Haushaltsrecht umgesetzt. Dennoch verdeutlicht die Tatsache, dass die Referenzwerte in Deutschland auf gesamtstaatlicher Ebene in 2002 und 2003 überschritten wurden, dass die materielle Umsetzung des Pakts nicht gelungen ist. Auch für 2004 und 2005 ist damit zu rechnen, dass das Finanzierungsdefizit den Maastrichter Referenzwert überschreitet.

Beirat kritisiert innerdeutschen „Stabilitätspakt“

Nach Ansicht des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen liegt ein ausgemachter Funktionsmangel des innerdeutschen „Stabilitätspakts“ im Fehlen von klar definierten Verhaltensspielräumen für die fiskalpolitischen Entscheidungsträger. Weiterhin kritisiert der Beirat das unzureichende Sanktionsinstrumentarium des Finanzplanungsrates, der in Deutschland die Vereinbarkeit der öffentlichen Haushaltsentwicklung mit den Maastrichter Stabilitätskriterien überprüft.

Die aktuellen Zahlen belegen massive Versäumnisse in der Haushaltskonsolidierung beim Bund und bei den Ländern und verdeutlichen die Dringlichkeit, alle Gebietskörperschaften in die Verantwortung für die Haushaltskonsolidierung in Deutschland einzubeziehen.

Sebastian Hauptmeier, hauptmeier@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Minijob-Regelung unattraktiv für Unterstützungsempfänger

Die am 1. April 2003 im Rahmen des Hartz II Gesetzes in Kraft getretene Reform geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse schafft sowohl für Empfänger von Arbeitslosenunterstützung (Arbeitslosengeld und -hilfe) als auch von Sozialhilfe kaum Anreize, eine geringfügige Beschäftigung aufzunehmen. Der Grund: Die Einkünfte aus geringfügiger Beschäftigung werden auf die Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung angerechnet. An diesen Personengruppen geht daher die Minijob-Reform vorbei, wie eine aktuelle ZEW-Studie zeigt.

In welchem Maß die Neuregelung geringfügig Beschäftigter den Arbeitsmarkt entlastet, untersucht eine neue ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 03-67) auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Mittels des am ZEW entwickelten Steuer-Transfer-Mikrosimulationsmodells lassen sich die Wirkungen der Reform auf die Arbeitsanreize verschiedener Personengruppen empirisch ermitteln. Die Ergebnisse der Untersuchung sind als ex-ante Evaluation aufzufassen, da das SOEP von 1999 die Datenbasis der Untersuchung bildet. Die Studie konzentriert sich auf die Arbeitsanreizwirkungen von Hauptbeschäftigten, das heißt von Personen mit nur einem einzigen Arbeitsverhältnis. Die Wirkungen geringfügiger Nebenerwerbstätigkeit wurden nicht analysiert.

Aus theoretischer Sicht ist zu erwarten, dass die Ausdehnung der Geringfügigkeitsgrenze von 325 Euro auf 400 Euro Anreize schafft, eine bestehende geringfügige Beschäftigung bis zur neuen Geringfügigkeitsgrenze aufzustocken. Auch dürften aufgrund der erweiterten Abgabefreiheit Personen einen Minijob aufnehmen, die bislang nicht erwerbstätig waren.

Anrechnung von Transfers

Interessant ist die Unterscheidung der Haushalte in Transfer- und Nicht-transferhaushalte. Dabei werden diejenigen Haushalte als Transferhaushalte bezeichnet, die nach der neuen Regelung bei einem monatlichen Bruttolohn von 400 Euro Transfers beziehen wür-

den, das heißt Sozialhilfe und/oder Arbeitslosenunterstützung. Eigene Nettoverdienste der Sozialhilfeempfänger werden auch nach der Neuregelung bis auf einen geringen anrechnungsfreien Betrag (fast) vollständig auf die Sozialhilfe angerechnet. Für Empfänger von Arbeitslosenunterstützung liegt der Freibetrag weiterhin bei 20 Prozent des Arbeitslosengeldes, mindestens jedoch 165 Euro im Monat. Darüber hinaus gehende Nettoeinkommen verringern den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung eins zu eins. So befinden sich Transferempfänger weiterhin in der so genannten Sozialhilfe- oder Arbeitslosenfalle, das heißt sie haben kaum Anreize, einen Minijob aufzunehmen.

Wenig Anreize für Arbeitslose

Die empirische Analyse bestätigt dies. Bei transferberechtigten alleinstehenden Frauen und Männern löst die Reform nur eine sehr schwache Reaktion aus. Sehr wenige allein stehende, transferberechtigte Frauen nehmen infolge der Neuregelung einen Minijob auf. Das von Frauen insgesamt angebotene Arbeitsvolumen in Stunden steigt aufgrund dieses so genannten Partizipationseffektes um lediglich 0,13 Prozent. Für alleinstehende, nicht transferberechtigte Frauen ist dieser Effekt mit immerhin 0,73 Prozent merklich stärker ausgeprägt. Bei allein stehenden Männern ist der Effekt unabhängig vom Transferbezug zu vernachlässigen.

Für Paarhaushalte fallen die Reaktionen im Vergleich zu den Singlehaushal-

ten stärker aus, insbesondere bei den verheirateten Frauen. Während der Partizipationseffekt für verheiratete Frauen in Transferhaushalten lediglich 0,28 Prozent beträgt, liegt er in Paarhaushalten, in denen der Erstverdiener bereits ein Einkommen oberhalb des Sozialhilfeniveaus sichert, mit 0,86 Prozent deutlich höher. Dies ist deshalb der Fall, weil in einem typischen Paarhaushalt der Mann voll erwerbstätig ist und der Haushalt somit bereits ein Einkommen oberhalb des Sozialhilfeniveaus erzielt. Eine geringfügige Beschäftigung der Frau erhöht das Nettohaushaltseinkommen eins zu eins, was die hohe Attraktivität von Minijobs für verheiratete Frauen erklärt.

Für verheiratete Männer hingegen ist eine geringfügige Beschäftigung wenig attraktiv. Da Frauen in den meisten Paarhaushalten maximal eine Teilzeitbeschäftigung ausüben, reicht das aus dieser Tätigkeit erzielte Einkommen zu meist nicht, um ein Haushaltseinkommen oberhalb des Sozialhilfeniveaus zu erzielen. Eine geringfügige Beschäftigung des Mannes würde somit den Transfer verringern. Verheiratete Männer reagieren daher kaum auf die Minijob-Reform.

Minijobs zur Verringerung der Arbeitslosigkeit ungeeignet

Die Ergebnisse der Studie weisen somit zwar auf eine schwach positive Arbeitsangebotsreaktion der Hauptbeschäftigten auf die Minijob-Reform hin. Sie belegen indes auch die deutlich schwächere Reaktion in Haushalten mit Transferbezug. Als Mittel zur Verringerung der Zahl der Arbeitslosenunterstützungs- und Sozialhilfeempfänger eignet sich die Reform daher nicht.

Melanie Arntz, arntz@zew.de
PD Dr. Alexander Spemann, spemann@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

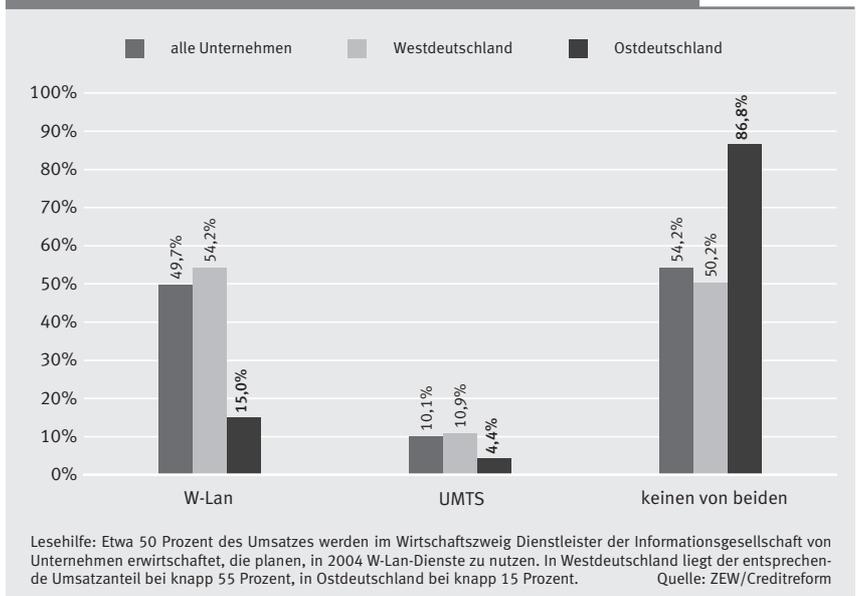
Dienstleister: Nachfrage nach UMTS im Vergleich zu W-Lan eher zurückhaltend

Die Unternehmen des Wirtschaftszweigs Dienstleister der Informationsgesellschaft bevorzugen W-Lan vor der Konkurrenztechnologie UMTS. An W-Lan zeigen sich vor allem Unternehmen in der Forschung und Entwicklung, technische Berater und Planer sowie der IKT-Handel interessiert. Dies ist Ergebnis der vierteljährlichen ZEW/Creditreform-Umfrage bei rund 1.100 Unternehmen des Wirtschaftszweigs.

Nach dreijähriger Verzögerung nehmen die deutschen Mobilfunknetzbetreiber in diesem Jahr den Betrieb ihrer UMTS-Netze auf. Die Netzbetreiber rechnen vor allem mit der Nachfrage von Geschäftskunden, die sich zum Beispiel auf Geschäftsreisen per Notebook ins Firmennetz einwählen möchten. Als größter Konkurrent dieser Technologie gelten zur Zeit lokale Funknetze (W-Lan), deren Verbreitung rasant zunimmt. Diese Entwicklung bestätigt auch die vierteljährliche Umfrage von ZEW/Creditreform bei den Dienstleistern der Informationsgesellschaft. Nach ihren Absichten für das Jahr 2004 gefragt, berichten im Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft Unternehmen, deren Umsatzanteil zehn Prozent ausmacht, dass sie vorhaben, UMTS einzusetzen. Der Umsatzanteil der Unternehmen, die angeben, W-Lan-Technologie nutzen zu wollen, liegt dagegen deutlich höher bei knapp 50 Prozent.

Dies ist Ergebnis einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im März und April 2004 durchgeführt hat. An der Umfrage beteiligten sich rund 1.100 Unternehmen. Der Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern (Unternehmen der Branchen EDV-Dienste

Umsatzanteil der Unternehmen, die planen, in 2004 W-Lan, UMTS oder keinen der beiden Dienste zu nutzen



und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung).

Westdeutsche Unternehmen nutzen neue Technologien häufiger

Westdeutsche Dienstleister der Informationsgesellschaft planen deutlich häufiger als ostdeutsche, die neuen Technologien zu nutzen. Die westdeutschen Unternehmen des Wirtschaftszweigs, die planen, im Jahr 2004 W-Lan einzusetzen, erwirtschaften etwa 54 Prozent des Umsatzes in Westdeutschland. Der entsprechende Umsatzanteil der ostdeutschen Unternehmen am Umsatz in Ostdeutschland liegt bei lediglich 15 Prozent. Und während der Umsatzanteil westdeutscher Dienstleister der Informationsgesellschaft, die im Jahr 2004 UMTS

nutzen wollen, elf Prozent beträgt, liegt er bei der ostdeutschen Konkurrenz nur bei rund vier Prozent.

Die Nutzung von W-Lan stößt vor allem bei Unternehmen in der Forschung und Entwicklung auf großes Interesse. In dieser Branche erwirtschaften die Unternehmen, die im Jahr 2004 W-Lan einsetzen wollen, rund 70 Prozent des gesamten Umsatzes. Aber auch technische Berater und Planer sowie der IKT-Handel zeigen sich interessiert (Umsatzanteile 65 beziehungsweise 57 Prozent).

Den höchsten Umsatzanteil erwirtschaften Unternehmen, die im Jahr 2004 UMTS einsetzen möchten, bei den Architekten (knapp 35 Prozent). Telekommunikationsdienstleister, die planen, UMTS zu nutzen, erwirtschaften etwa 20 Prozent des Umsatzes in ihrer Branche. In der Unternehmensberatung beträgt der entsprechende Umsatzanteil etwa 17 Prozent. Für die restlichen Branchen des Wirtschaftszweigs hat diese Technologie nur eine geringe Bedeutung.

Margit Vanberg, vanberg@zew.de

Fehlende Dynamik im Innovationssystem schafft Risiken für Standort Deutschland

Die staatliche Forschungs- und Innovationspolitik (FIP) kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Unternehmen mit dem internationalen technologischen Fortschritt Schritt halten. Führende Industriestaaten haben die große Bedeutung der FIP erkannt, wie eine aktuelle Studie des ZEW und von Joanneum Research, Wien, im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) belegt. Indessen könnte Deutschland bei Forschung und Innovation ohne verstärkte Anstrengungen den Anschluss zur internationalen Spitzengruppe in Zukunft verlieren.

Für die Studie wurde die Forschungs- und Innovationspolitik (FIP) der USA, Japans, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, Finnlands und Deutschlands unter die Lupe genommen. Sie zeigt, dass der in den Neunzigerjahren beobachtbare Trend rückläufiger staatlicher Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) mittlerweile gestoppt ist. So setzen die meisten der untersuchten Länder auf eine Ausweitung der FuE-Aktivitäten auf breiter Front. In den USA beispielsweise sind seit dem Jahr 2000 die zivilen und militärischen FuE-Ausgaben des Staates jeweils um knapp 40 Prozent gestiegen. In Japan und dem Vereinigten Königreich stiegen sie um 30 Prozent seit 1998, in Frankreich um rund zehn Prozent seit 2000. Zwar zählen Investitionen in FuE und Innovationen auch in Deutschland zu den politischen Prioritäten, diese schlagen sich bislang aber nicht in einer deutlichen Steigerung der bereitgestellten Ressourcen für FuE nieder. Sofern hier keine Umsteuerung erfolgt, so die Schlussfolgerung der ZEW-Studie, wird dies mit der Zeit die Attraktivität des Standorts Deutschland beschädigen.

Staatliche Förderprogramme neu ausgerichtet

Bei der in den vergangenen Jahren zu beobachtenden Weiterentwicklung der forschungs- und innovationspolitischen Zielsetzungen hat Deutschland international durchaus mitgehalten. So wurden die früher vor allem auf die Entwicklung neuer Technologien ausgerichteten staat-

lichen Förderprogramme in den vergangenen zehn Jahren in vielen Industriestaaten neu ausgerichtet.

Analog zu der breiteren Zielsetzung staatlicher FIP ist bei deren Finanzierung ein Trend zur Verstärkung der nicht-technologiespezifischen, indirekten FuE-Förderung zu beobachten. So spielen etwa im Vereinigten Königreich, in Frankreich, den USA und Japan steuerliche Entlastungsmaßnahmen bei der Förderung der FuE-Tätigkeit von Unternehmen eine zunehmend wichtigere Rolle. In Deutschland, wo dieses Finanzierungsinstrument derzeit nicht genutzt wird, könnten über Steuervergünstigungen für FuE sowie über FuE-Zulagen sehr schnell viele Unternehmen erreicht und zu verstärkten Innovationsanstrengungen angeregt werden. Trotz einiger Probleme, wie etwa Mitnahmeeffekte, sollte erwogen werden, so die ZEW-Studie, das bestehende FuE-Fördersystem um diese Instrumente zu erweitern.

Prioritäten haben sich zugunsten neuer Forschungsfelder verschoben

Bei der inhaltlichen Ausrichtung der staatlichen FIP haben sich bei allen untersuchten Ländern die Prioritäten unterschiedlich stark, aber eindeutig zugunsten von Biotechnologie, Gentechnik, Gesundheitsforschung, Informations- und Kommunikationstechnologien, Nanotechnologie, neuen Materialien und Umwelttechnologien verschoben. Nach dem drastischen Einbruch des Venture-Capital-Markts in Deutschland sei es dringend erforderlich, so die ZEW-

Studie, die Finanzierungssituation für junge Technologieunternehmen zu verbessern.

Bei einer Betrachtung der Forschungs- und Innovationspolitiken verschiedener europäischer Länder darf die Rolle der EU nicht außer Acht gelassen werden. Denn mit dem Vertrag von Maastricht und den Beschlüssen von Lissabon hat die EU ein eigenständiges Mandat für FIP erhalten. Dies verstärkt die Aktivität der EU in diesem Bereich, ablesbar beispielsweise an dem deutlich erhöhten Finanzvolumen der EU-Rahmenprogramme. Auch die Definition einer FuE-BIP-Relation von drei Prozent bis 2010 beim EU-Gipfel von Barcelona, mit dem Ziel, die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, beeinflusst die nationale FIP der einzelnen EU-Staaten, sobald mit der entsprechenden Umsetzung ernsthaft begonnen werden sollte. Für die deutsche FIP empfiehlt die ZEW-Studie eine stärkere Positionierung innerhalb der FIP auf europäischer Ebene und eine aktivere Beteiligung an dem Prozess der Schaffung eines einheitlichen EU-Forschungs- und Innovationsraums. Letzteres gilt vor allem auch deshalb, weil ein solcher breiterer Ansatz der Ausrichtung des deutschen Innovationssystems – Spezialisierung auf hochwertige Technologie, starke Technologieorientierung der KMU, rasche Diffusion industrieller Technologien – eher entspricht als eine eng auf exzellente Forschung fokussierte FIP.

Die ZEW-Studie zeigt somit, dass die FIP als politisches Handlungsfeld an Bedeutung gewinnt. Sie macht allerdings deutlich, dass Deutschland in bestimmten Bereichen Nachholbedarf hat und derzeit an einer fehlenden Dynamik im gesamten Innovationssystem leidet. Diese muss so schnell wie möglich überwunden werden.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

ZEW INTERN

ZEW-Geschäftsführer Ernst-O. Schulze beging 40-jähriges Dienstjubiläum

Am 25. Mai 2004 beging der kaufmännische Geschäftsführer des ZEW, Ernst-O. Schulze, sein 40-jähriges Dienstjubiläum, zu dem ihm unter anderem der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel seine Glückwünsche und seinen Dank übermittelte.

Schulze war während seines langen Arbeitslebens in wechselnden Funktionen für das Land Baden-Württemberg tätig. Besondere Verdienste erwarb er sich in den vergangenen Jahren beim Aufbau des ZEW, der Filmakademie Baden-Württemberg, Ludwigsburg und des Fachinformationszentrums Karlsruhe.

Seit Schulze Ende 1990 als kaufmännischer Direktor in die Geschäftsführung des neu gegründeten ZEW berufen wurde, hat er an der Seite des Präsidenten und wissenschaftlichen Direktors des ZEW mit großem Engagement darauf



hingearbeitet, diese Einrichtung zu einem der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in Deutschland auszubauen. Die bevorstehende Aufnahme des ZEW in die Blaue Liste zum 1. Januar 2005 bestätigt den Erfolg dieses Vorhabens.

TERMIN

4. IKT-Konferenz am 2./3. Juli 2004, ZEW Mannheim

Auf der 4. IKT-Konferenz des ZEW sollen neuere wissenschaftliche Beiträge zur Ökonomie von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und zur Ökonomie von IKT-Branchen diskutiert werden. Das Programm umfasst unter anderem Vorträge von:

- David Autor (MIT and NBER, USA)
- Shane Greenstein (Northwestern University, USA)
- Scott Marcus (The German Marshall Fund of the United States)
- Dirk Pilat (OECD, France)

Information im Internet unter www.zew.de/ikt-konferenz oder bei Dr. en. sc. éc. Irene Bertschek, Telefon 0621/1235-178, Email bertschek@zew.de

EXPERTENSEMINARE

- 28.6.2004 Mitarbeitereinsatz im Ausland unter Berücksichtigung der EU-Osterweiterung
- 1.7.2004 Wege zur Internationalisierung Ihrer Rechnungslegung – Workshop 2: Ausgliederung von Pensionsverpflichtungen
- 5./6.7.2004 Liquiditätsrisiken in Kreditinstituten – Messung, Management und Controlling

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie im Internet unter www.zew.de Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Email pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 04-24, Fitzenberger, Bernd; Wilke, Ralf A.: Unemployment Durations in West-Germany Before and After the Reform of the Unemployment Compensation System during the 1980s.

No. 04-25, Elberfeld, Walter; von Weizsäcker, Carl Christian: Ist der Subtraktionstest ein geeignetes Verfahren zur Ermittlung missbräuchlich überhöhter Netznutzungsentgelte?

No. 04-26, Wilke, Ralf A.: New Estimates of the Duration and Risk of Unemployment for West-Germany.

No. 04-27, Schäfer, Anne; Spengel, Christoph: International Tax Planning in the Age of ICT.

No. 04-28, Westerheide, Peter: Auswirkungen von Erbschaften und Schenkungen auf die Vermögensbildung privater Personen und Haushalte. Eine ökonomische Analyse auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels.

No. 04-30, Ziegler, Andreas; Rennings, Klaus: Determinants of Environmental Innovations in Germany: Do Organizational Measures Matter? A Discrete Choice Analysis at the Firm Level.

No. 04-31, Buch, Claudia M.; Kuckulenz Anja: Worker Remittances and Capital Flows to Developing Countries.

No. 04-32, Tykvová, Tereza; Walz, Uwe: Are IPOs of Different VCs Different?

No. 04-33, Spitz, Alexandra: Are Skill Requirements in the Workplace Rising? Stylized Facts and Evidence on Skill-Biased Technological Change.

No. 04-34, Maier, Michael; Pfeiffer, Friedrich; Pohlmeier, Winfried: Returns to Education and Individual Heterogeneity.

No. 04-35, Schüler, Martin: Integrated Financial Supervision in Germany.

No. 04-36, Kraus, Margit: Schätzung von Kostenfunktionen für die bundesdeutsche Hochschulausbildung: Ein konzeptioneller Ansatz im empirischen Test.

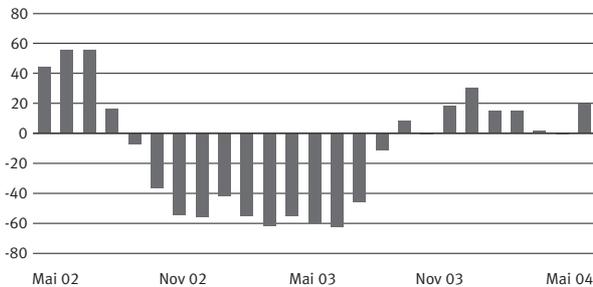
No. 04-37, Czarnitzki, Dirk; Ebersberger, Bernd; Fier, Andreas: The Relationship between R&D Collaboration, Subsidies and Patenting Activity: Empirical Evidence from Finland and Germany.

No. 04-38, Czarnitzki, Dirk; Kraft, Kornelius: On the Profitability of Innovative Assets.

No. 04-39, Heinemann, Friedrich: Explaining Reform Deadlocks.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Mai



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Geldmarktzinsen im Euroraum in sechs Monaten.
Quelle: ZEW

Euroraum: Ölpreis lässt EZB kalt

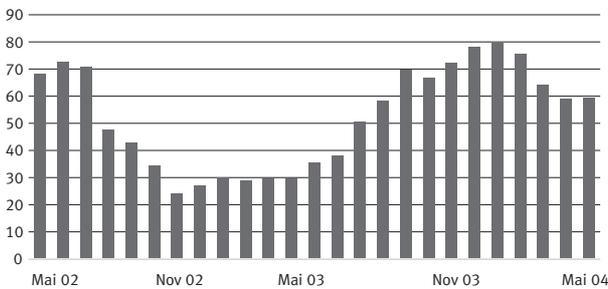
Trotz der Rekordpreise auf den Ölmärkten geht immer noch eine knappe absolute Mehrheit der Experten entweder von einer konstanten oder sinkenden Inflationsrate aus. 48,4 Prozent erwarten hingegen mittelfristig Preissteigerungen im Euroraum. Zu erklären ist dieser offenbar locker empfundene Zusammenhang zwischen Ölpreisen und Inflation in erster Linie durch die konjunkturelle Situation, die überwiegend als schlecht beurteilt wird. Dies deutet auf begrenzte Möglichkeiten der Produzenten zur Überwälzung von höheren Input-Preisen hin.

Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

Konjunktur im Euroraum stabilisiert sich

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben sich im Mai auf recht hohem Niveau stabilisiert. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten liegt nun bei 59,2 Punkten nach 59,1 Punkten im April. Ein Grund hierfür dürfte sein, dass sich in Frankreich im Gegensatz zu Deutschland die Binnennachfrage deutlich belebt hat. Es besteht daher zumindest für Frankreich die berechtigte Hoffnung auf eine breit angelegte und nachhaltige Konjunkturerholung.

Volker Kleff, kleff@zew.de



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten.
Quelle: ZEW

Stabile Preiserwartungen
im bodengebundenen Güterverkehr

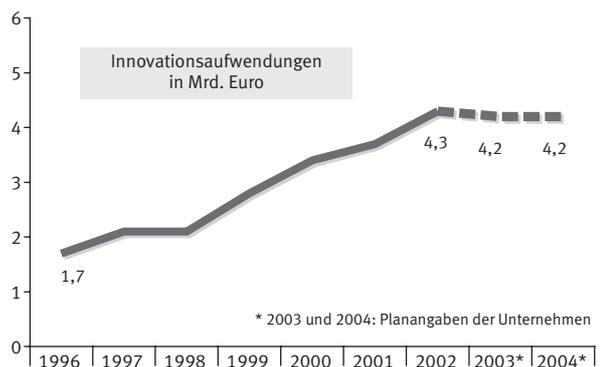
	Anteil der Experten mit stabilen Preiserwartungen	relative Veränderung zum Vorquartal
Straße	56,7 %	22,4 %
Schiene	74,5 %	7,1 %
Binnenschiff	70,9 %	6,3 %
Kurier-, Express- und Paketdienst	69,2 %	12,3 %
kombinierter Verkehr	64,1 %	1,2 %

Quelle: ZEW

Die Anzahl der Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW, die in den bodengebundenen Güterverkehrsmärkten keine Preisänderungen erwarten, ist im ersten Quartal 2004 gestiegen. Bereits 2003 hatten sie mehrheitlich mit stabilen Preisen gerechnet. Eine Ausnahme war der Straßengüterverkehr. Hier wurden aufgrund der geplanten Einführung der Schwerverkehrsabgabe überwiegend steigende Preise erwartet. Im Vergleich zum Vorquartal ist im ersten Quartal 2004 vor allem die Gruppe derer kleiner geworden, die steigende Preise prognostizieren.

Georg Bühler, buehler@zew.de

Innovationsaufwendungen bei den EDV- und Telekommunikationsdienstleistern



* 2003 und 2004: Planangaben der Unternehmen

Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel, Befragung 2003

In der EDV- und Telekommunikationsbranche haben im Jahr 2002 68 Prozent der Unternehmen Innovationen eingeführt. Damit ist die Branche neben den technischen Dienstleistern die einzige Dienstleistungsbranche, in der der Innovatorenanteil gestiegen ist. Erneut stark erhöht haben sich die Innovationsaufwendungen. Die Branche gab 4,3 Milliarden Euro für Innovationsaktivitäten aus, 17 Prozent mehr als noch 2001. Für die Jahre 2003 und 2004 rechneten die Unternehmen Mitte des vergangenen Jahres mit auf hohem Niveau konstanten Innovationsaufwendungen.

Tobias Schmidt, schmidt@zew.de

STANDPUNKT



Steuerdumping

Wenn die Konkurrenz ungemütlich wird, taucht in schöner Regelmäßigkeit der Vorwurf des Dumpings auf, verbunden mit der Aufforderung, einem solchen unfairen Treiben schleunigst und nachdrücklich Einhalt zu gebieten. Das hohe Lied des Wettbewerbs singt man gern, aber nur, solange dieser einen selbst in Ruhe lässt: Wo kämen wir denn hin, wenn sich Löhne und Steuern aufgrund freier Entscheidungen oder – horribile dictu – gar auf dem Markt bilden; also her mit Mindestlöhnen und Mindeststeuern. Um letztere geht es hier.

Den aktuellen Anlass bilden die niedrigen Unternehmenssteuern in den EU-Beitrittsländern. In der Tat: Wie Berechnungen des ZEW zeigen, beläuft sich die effektive Steuerbelastung für dort ansässige Kapitalgesellschaften im Durchschnitt auf 21,3 vH, unter Berücksichtigung steuerlicher Investitionsanreize auf 15,4 vH. „Spitzenreiter“ ist Litauen mit einer effektiven durchschnittlichen Steuerbelastung von 13,1 vH oder sogar nur 7,2 vH bei der Einbeziehung steuerlicher Investitionsanreize. Im Vergleich zur effektiven Durchschnittssteuerbelastung hierzulande in Höhe von 37,2 vH sind das Steuerparadiese – und zwar direkt vor Deutschlands Haustür. Aber: Mit Steuerdumping hat das nichts zu tun.

Steuerdumping läge nur dann vor, wenn die Beitrittsländer beispielsweise ausschließlich in ihrem Gebiet befindliche Auslandsunternehmen oder deren Töchter und Zweigniederlassungen in den Genuss von Investitionsfördermaßnahmen oder niedriger Steuern kommen ließen, diese jedoch einheimischen Unternehmen vorenthielten. Eines solchen unfairen Vorgehens hat sich Irland in den 1990er Jahren bedient, und dies vor dem Hintergrund finanzieller Transfers, die Irland aus den Strukturfonds der EU erhielt. Zu bedenken sind ferner höhere Umsatzsteuersätze etwa in Ungarn mit 25 vH, das heißt diese Länder wählen eine teilweise andere Steuerstruktur, indem sie den Konsum zugunsten von Investitionen stärker belasten als in

Deutschland. Das stellt eine legitime, vielleicht sogar überlegene finanzpolitische Strategie dar.

Eine besondere Note erhält die aktuelle Diskussion über das vermeintliche Steuerdumping der Beitrittsländer dadurch, dass diese Länder nicht unerhebliche Finanzmittel aus Brüssel zur Modernisierung ihrer Infrastruktur erhalten. Diese Subventionen – so die Kritik – ermöglichten erst die dortige niedrigere Unternehmenssteuerbelastung, oder drastischer formuliert: Wir bezahlen sie dafür, dass sie uns die Arbeitsplätze wegnehmen.

In einem gewissen Umfang mag ein solcher Effekt nicht ganz von der Hand zu weisen sein. Die Steuerpolitik dieser Länder ist jedoch der falsche Adressat dieser Kritik, einschlägige Vorwürfe wären an die Infrastrukturhilfen der EU zu richten, wobei diese hierzulande jedoch hoch willkommen sind, jedenfalls solange ostdeutsche Regionen die Empfänger sind. Die Politik wusste, was sie tat, als sie die Beitrittsverträge unterschrieb. Das Lamento jetzt kommt reichlich spät. Soweit noch möglich, sollten mithin die Infrastrukturhilfen der EU überprüft und gegebenenfalls gekürzt werden.

Kein Weg führt daran vorbei, dass sich das Hochsteuerland Deutschland dem internationalen Steuerstandortwettbewerb stellen muss. Diese Notwendigkeit bestand bereits vor dem 1. Mai 2004, denn im Vergleich zu anderen EU-Staaten als den Beitrittsländern schneidet Deutschland im Hinblick auf die Unternehmenssteuerbelastung ebenfalls ungünstig ab, selbst wenn die derzeitige Steuerreform im nächsten Jahr ihren Abschluss gefunden haben wird. Befürchtungen eines ruinösen Steuerwettbewerbs – eines „race to the bottom“ – sind weitgehend unbegründet. Unternehmen sind sehr wohl an einer herausragenden Standortqualität interessiert und bereit, dafür Steuern zu entrichten.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2004